Reichspost
6./I. 1918

141

Neue Wege in der Kriegsfinanzierung?

Wien, am 5. Jänner.

Das unter der Führung des Postsparkassenamtes stehende sogenannte Oesterreicherkonsortium heimischer Banken hielt gestern eine Versammlung, die sich mit der Frage, in welcher Form der künftige staatliche Geldbedarf im Kriege gedeckt werden soll und was zu tun sei, um einer weiteren Inanspruchnahme der Notenbank vorzubeugen, befaßte. Im Zusammenhang wurde auch die Ausgabe von kurzfristigen Schatzscheinen oder Schatzwechseln erwogen, ohne daß es hiebei zu einer Klärung der Meinungen und zu einem bindenden Beschluß gekommen wäre. Man darf wohl in dieser Beratung eine Folgeerscheinung der finanzpolitischen Debatten sehen, die kürzlich im Reichsrate geführt wurden und in denen die Begebung von kurzfristigen Schuldpapieren wiederholt empfohlen worden ist. Die Urheber dieses Vorschlages gingen dabei von der Annahme aus, daß damit der beste und einfachste Weg zur Vermeidung der Kontokorrentvorschüsse und zur Aufsaugung der flüssigen Gelder gegeben sei. Der Vorschlag hat den Nachteil, dem Problem unserer Kriegsfinanzierung und der Art, wie sie sich bisher entwickelt hat, nur in geringem Maße gerecht zu werden. Die Kontokorrentvorschüsse der Banken, die kurz vor Begebung der siebenten Kriegsanleihe den hohen Betrag von 5·8 Milliarden Kronen erreicht hatten, mögen in ihrem Ausmaß den Finanzpolitiker schrecken und auch bankpolitisch ihre Schattenseiten haben; gewiß ist es höchst unerfreulich, wenn ein einziges Bankinstitut, wie wenigstens bis vor kurzem der Wiener Bankverein, über eine Milliarde Kronen Vorschüsse an die Postsparkasse buchen konnte. Die Frage ist nur, ob es möglich ist, diesen Zustand zu beseitigen und etwas Besseres an seine Stelle zu setzen. Bisher war der Kreislauf der Zahlungsmittel, die dem Staat zur Verfügung gestellt wurden, derart, daß das flüssige Kapital, das sich in den meist halbjährigen Zwischenpausen, die zwischen den einzelnen Kriegsanleihen gelegen sind, angesammelt hatte, in der Gestalt von Einlagen seinen Weg in irgendeine Bank oder Sparkasse nahm. Von dort fließen diese Gelder als Kontokorrentvorschuß der Postsparkasse zu, die sie ihrerseits wieder an das Finanzministerium weiterleitet. Mit den Milliarden, die auf solche Weise zufließen, bestreitet die Regierung die laufenden Kriegsausgaben, d. h. soweit die Kontokorrentvorschüsse der Banken überhaupt dafür hinreichen. Kommt dann eine neue Kriegsanleihe auf den Markt, so wird der Erlös aus dieser Anleihe dazu verwendet, die mittlerweile angelaufene Kontokorrentschuld des Staates wieder zu tilgen. Bei den Kriegsanleihen handelt es sich also immer darum, eine Summe im nachhinein aufzubringen, die schon ausgegeben ist. Die Erfahrung hat nun leider gelehrt, daß Kontokorrentvorschüsse, bezw. Kriegsanleihen schon längere Zeit hindurch zur Deckung der Kriegskosten nicht mehr hinreichen und daß der Fehlbetrag mit Hilfe der Notenpresse ersetzt werden muß. Ein weiteres Fortfahren in dieser Methode ist — darüber kann kein Zweifel bestehen — abzulehnen.

Das Heilmittel glaubt man jetzt im Schatzscheine, der kurzfristigen verzinslichen Schuldenvorschreibung, und im Schatzwechsel, dem vom Staat ausgestellten Wechsel, der diskontiert wird, gefunden zu haben. Im Laufe dieses Krieges hat es sich allerdings gezeigt, daß in den Kreisen der Industrie und des Großkapitales eine gewisse Vorliebe für derartige kurzfristige Schuldpapiere besteht, eine Erscheinung, die sich erklären läßt; denn der Unternehmer wird sich, wenn er die Wahl hat, lieber für jenes Anleihestück entscheiden, das in Kürze wieder fällig wird und das er daher bald wieder in bares Geld umgewandelt sieht. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, daß es im vitalsten Interesse des Staates gelegen ist, seine Anleihen langfristig unterzubringen und aus dem Kriege mit einer möglichst konsolidierten Schuld hervorzugehen. Und kurzfristige Anleihetypen wie Schatzscheine und Schatzwechsel bedeuten alles andere, nur keine Eindämmung der Papiergeldüberschwemmung. Die Lage würde sich auch nach Begebung von Schatzscheinen wenig ändern; der Unterschied gegen früher wäre einzig der, daß zu den Banknoten eine neue Art von Umlaufsmitteln hinzutreten würde, die Schatzscheine, die man als verzinsliches Papiergeld definieren könnte. Die hohe Verzinsung der Schatzscheine — und nur hoch verzinsliche Schatzscheine finden einen genügend breiten Markt — müßte in diesem Fall automatisch einen Wettbewerb zwischen Banknoten und verzinslichem Papiergeld bringen und damit zu neuen Verwirrungen führen.

Dies wäre nicht die einzige ungünstige Folgeerscheinung, die aus der Ausgabe von Schatzscheinen, beziehungsweise Schatzwechseln erfließen müßte. Ein gefahrdrohender Kursrückgang der Kriegsanleihen, denen der Anlagemarkt in dem Maße entgehen würde, wie die kurzfristigen Anleihetypen an Boden gewinnen, wäre die nächste Wirkung. Damit wäre für den Staat jede Aussicht auf eine weitere langfristige Unterbringung der Kriegsschulden genommen und wir würden uns einer Kriegsfinanzierung nähern, wie sie z. B. in Frankreich üblich ist, wo die sogenannten Kriegsanleihen nur mehr eine vorbeigelungene Umwandlung von Schatzwechseln darstellen. Und dennoch hat man in Frankreich, wo man fast ausschließlich mit Schatzscheinen und Schatzwechseln arbeitet, von der Notenpresse den weitestgehenden Gebrauch machen müssen. Kurzfristige Anleihetypen und Notenüberschwemmung schließen sich also keineswegs aus und wenn die österreichischen Anhänger der Schatzscheinwirtschaft bei ihren Vorschlägen auf eine Eindämmung der Notenflut rechnen, so sollte sie das französische Beispiel warnen. Mit der Frage, ob Schatzscheine oder nicht, wird das Problem der Kriegsfinanzierung, der Kontokorrentvorschüsse und der Papiergeldüberfülle in seinem Kern nur wenig berührt. In der heutigen staatsfinanziellen Lage gibt es nur die eine Lösung der gestellten Aufgabe: Möglichst weitgehende Aufsaugung der flüssigen Geldmittel durch die Kriegsanleihen, denen man im Notfall steuerpolitische Vorteile zubilligen sollte, um den Eifer der Anleihezeichner noch mehr anzuspannen; eine andere Möglichkeit bestünde in der Hinaufsetzung des Zinsfußes der vor dem Kriege begebenen Renten, die man nach englischem Muster unter der Bedingung einer Zuzeichnung von Kriegsanleihe gewähren könnte.

Wir stehen vor einem Probleme von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung, und nicht früh genug kann auf die Schäden aufmerksam gemacht werden, die ein noch dazu mit untauglichen Mitteln unternommener Versuch zum Scheine die Notenüberfülle zu überdecken, hervorrufen würde. Wir können aus dem Regen in die Traufe. Im vierten Kriegsjahre sind solche Experimente nicht mehr erlaubt.